

Fassade in leuchtenden Farben

FRIEDBERG Der Wetteraukreis wächst – und mit ihm die Verwaltung: Sie errichtet Neubauten, um Platz für weitere Büros zu bekommen.

Von Wolfram Ahlers



Rot-grün: „Haus der Umwelt“ wird der neue Anbau der Kreisverwaltung genannt.

Foto Wolfram Ahlers

Verwaltungsgebäude müssen nicht grau und unscheinbar daher kommen. Ein Beispiel, das sich auch ein Hingucker machen lässt, ist der Erweiterungsbau auf dem Gelände der Außenstelle des Wetterauer Landratsamts an der Homburger Straße in Friedberg. In kräftigen Farben von Orange über Rot bis zu verschiedenen Grüntönen leuchtet die Fassade des Neubaus. Wobei die vielfältig verwendeten grünen Elemente mit dem Namen des Gebäudekomplexes zu tun haben, der als „Haus der Umwelt“ firmiert, weil dort unter anderem die Abteilung für Naturschutz und Landschaftspflege ihren Sitz hat. Nach rund anderthalb Jahren Bauzeit in das Gebäude dieser Tage fertiggestellt, so dass nun nach und nach die Bediensteten ihre neuen Büros beziehen können. Knapp viereinhalb Millionen Euro hat der Kreis in dieses Bauprojekt investiert.

Stetig voran schreitet das Bevölkerungswachstum in der Wetterau, wird sich Prognosen zufolge in den nächsten Jahren noch verstärken. Denn fast überall im Kreisgebiet weisen Kommunen neue Baugebiete aus, anderswo entstehen neue und zum Teil größere Siedlungen. Es wird damit gerechnet, dass sich die Zahl der Einwohner im Wetteraukreis im Laufe dieses Jahrzehnts um etwa 30 000 erhöhen wird. Aktuell sind es in den 25 Städten und Gemeinden mehr als 300 000, womit der Wetteraukreis schon jetzt der Bevölkerungszahl nach zu den größten in Hessen zählt. Ein solches Bevölkerungswachstum stellt Kreis, Städte und Gemeinden vor Herausforderungen, es braucht zusätzliche Kindergartenplätze, Schulen, Alteneinrichtungen, die Verkehrsinfrastruktur muss ausgebaut werden.

Aber auch die Kreisverwaltung sieht sich steigenden Anforderungen ausgesetzt, denn mehr Menschen verlangen auch mehr Dienstleistungen. Zugleich werden viele Aufgaben aufwendiger und komplexer, hinzu kommen neue Tätigkeitsfelder, die Kreisen und Kommunen von Bund und Land zugewiesen werden. All dies zieht zusätzlichen Bedarf an Mitarbeitern nach sich, wofür also mehr Büroraum erforderlich ist, der sich am Hauptsitz am Friedberger Europaplatz allerdings kaum noch einrichten lässt.

Auch mit Anmietungen, heißt es, sei es nicht mehr getan. Womit der Kreis sich entschieden hat, selbst zum Bauherrn zu

werden. Das ist zum einen auf dem Areal an der Homburger Straße geschehen, ein weiteres größeres Projekt, um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, realisiert der Kreis im Friedberger Stadtteil Fauerbach. An der Homburger Straße ging es mit der Erweiterung besonders darum, die Fachbereiche Regionalentwicklung und Umwelt und den Fachdienst Bauordnung an einem Ort anzusiedeln. Was auch für kürzere Dienstwege sorgen soll. Das frühere Haus der Landwirtschaft hat einen mehrgeschossigen Anbau mit Keller bekommen, der gut 2000 Quadratmeter Fläche bietet. 44 Arbeitsplätze stehen dort in 25 Büroräumen zur Verfügung. Hinzu kom-

men Besprechungszimmer sowie Räume für Archiv und Registratur. Beheizt wird der Neubau über eine ressourcensparende Wärmepumpe. Hand angelegt wurde zudem im Altbau, der Brandschutz ertüchtigt, der Empfang modernisiert, die Technik in den Sitzungssälen ist jetzt auf dem neuesten Stand. Weitere Sanierungsarbeiten sollen in den nächsten Jahren folgen.

In Fauerbach wird der Kreis künftig ein ehemaliges Verwaltungsgebäude wieder nutzen. Das Anwesen dort wurde zuletzt in Teilen vom Jobcenter Friedberg belegt, diente während der Flüchtlingskrise als Unterkunft für unbegleitete minderjährige Ausländer. Nach Umbau und Sanie-

rung bekommt dort die Rettungsleitstelle ihr neues Domizil. Der bisherige Sitz in einem der beiden Gebäude am Europaplatz lässt sich nicht mehr erweitern. Verbunden sind mit dem Umzug auch neue technische Einrichtungen. Auf einer Fläche von rund 2000 Quadratmetern ist genug Platz vorhanden, um dort auch noch den Fachdienst für Veterinärwesen, Infektions- und Verbraucherschutz sowie die Brandschutzabteilung einzuquartieren. Damit die Kreisbediensteten dort einzeln können, wird das Gebäude derzeit von Grund auf saniert und neu strukturiert. Der Einzug ist für das nächste Jahr vorgesehen.

Schulpraktika trotz Pandemie

RHEIN-MAIN Leiter von Gymnasien sind skeptisch

Die Zeit zwischen den Herbstferien und dem Ende des ersten Schulhalbjahrs ist die Zeit der Betriebspraktika, bei denen Schüler zwei Wochen lang Einblicke in die Arbeitswelt bekommen sollen. Aber wegen der Pandemie bekommen derzeit viele Schüler Absagen von den Betrieben, die ihnen schon einen Praktikumsplatz zugesagt hatten. Andere finden gar nicht erst einen Platz. Dabei seien die Praktika eine „wichtige und sinnvolle Ergänzung zum Unterricht“, sagt etwa Stefan Haid, der Leiter der Eichendorffschule in Kelkheim.

Die kooperative Gesamtschule im Main-Taunus-Kreis wird daher Anfang Dezember alle Neuntklässler fragen, ob sie einen Praktikumsplatz haben, und die Lage dann bewerten. Wenn zu wenige Schüler Zusagen von Betrieben haben, will der Schulleiter auf ein Projekt zur Berufsorientierung an der Schule „umschalten“.

Diese Möglichkeit zeigt auch das hessische Kultusministerium auf. Wenn Schüler Plätze finden und die Hygienevorschriften in den Betrieben eingehalten werden können, sollen sie nach den Worten eines Sprechers auch zu Corona-Zeiten Erfahrungen in Betrieben sammeln. Wenn das nicht geht, sol-

len Schulen zum Beispiel an virtuellen Berufsbildungsmessen teilnehmen oder den Schülern einen virtuellen Austausch mit Unternehmen ermöglichen.

Wer kein Praktikum machen kann, soll im Zeugnis keine Nachteile haben: Dann vermerkt die Schule, dass ein Praktikum nicht möglich war – aus Gründen, die der Schüler nicht zu verantworten habe. Hauptschulen, an denen die Praktika früher stattfinden als etwa an Gymnasien, dürfen die Praktikumszeit in höhere Stufen verlegen – also in die Zeit nach Corona.

Die Leiter hessischer Gymnasien halten Schulpraktika in dieser Zeit für unverantwortlich. In einem Brief an Kultusminister Alexander Lorz (CDU) schreibt der Landesverband der Oberstudiendirektoren, das Festhalten an den Praktika bereite den Schulleitern wegen der Infektionszahlen große Sorge. „Ganze Jahrgänge schwärmen in Betriebe und Firmen aus, Lehrkräfte müssen die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler vor Ort besuchen.“ Die Schulleiter seien dafür verantwortlich, dass die Hygieneregeln eingehalten würden, könnten dies aber nicht gewährleisten. Deshalb fordern sie von Lorz, die Praktika in diesem Schuljahr auszusetzen. flf.

Umfrage: Schwarz-Grün mit Mehrheit

WIESBADEN CDU und Grüne liegen in der Gunst der Hessen weiter vorne. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag der „Bild“-Zeitung. Demnach verbessert die CDU ihr Ergebnis der vergangenen Landtagswahl vor zwei Jahren um drei Prozentpunkte und erreicht 30 Prozent. Die Grünen bleiben mit 19 Prozent zweitstärkste Kraft im Land. Die schwarz-grüne Regierungskoalition könnte nach der Online-Umfrage unter rund 1000 Hessen ihre parlamentarische Mehrheit ausbauen und käme zusammen auf 49 Prozent.

Die SPD würde mit 18 Prozent mehr als einen Prozentpunkt verlieren. Die

AfD müsste zwei Punkte abgeben und würde elf Prozent erreichen. Der Wert der FDP geht laut Umfrage um eineinhalb Punkte auf sechs Prozent zurück. Die Linke legt in der Befragung hingegen deutlich zu: Von 6,3 Prozent steigt sie auf neun Prozent.

Nach der Insa-Umfrage kämen auch CDU und SPD auf eine parlamentarische Mehrheit in Hessen. Ein rot-rot-grünes Bündnis würde mit zusammen 46 Prozent eine Mehrheit dagegen knapp verfehlen.

Das Meinungsforschungsinstitut befragte vom 22. bis 29. Oktober 1018 Hessen online. Die maximale statistische Fehlertoleranz liegt den Angaben zufolge bei 3,1 Prozentpunkten. lbe.